

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/7

Bonn, den 31. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

- 1a Kooperation ? 83

Keine Verneblung der Verantwortlichkeiten !

2 - 3 Das Recht des Präsidenten 65

Zum Schweigen verpflichtet ? - Ein warnendes Beispiel

Von H.G. Kitzel

3 Schock und Trauer 31

Zum Tode des indischen Ministerpräsidenten Schastri

3a Das alte Spiel in neuer Form 43

Zum Versuch einer neuen Emigrantendiskussion

Von Wolfgang Jansen

4 - 5 Verdiente Ehrung 81

Walter Dicks - Pionier und Nonkonformist

Von Dr. Heinz Kornetzki

* * *

Kooperation ?

Keine Verneblung der Verantwortlichkeiten !

G.M. - Die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft oder - besser gesagt - ihre derzeitige Führung, hat festgestellt, daß es keinen Anlaß gebe, die gegenwärtige Koalition aufzulösen und eine Allparteienregierung bzw. eine "große Koalition" zu bilden. Man wird weiterhin Bundeskanzler Ludwig Erhard unterstützen, um den Erfolg seiner von ihm geführten Bundesregierung sicherzustellen und man ist bereit zur "Kooperation aller in den großen Fragen der deutschen Politik".

Das klingt wie jene in manchen Landschaften seit alters her übliche Art des Schwurs, bei dem man die rechte Hand erhebt und die linke, ebenfalls zum Schwur geformt, nach unten hält, womit angedeutet werden soll, daß man den Zorn Gottes im Falle eines Meineides abzuleiten gedenkt.

Nach außen hin wäre also das CDU/CSU-Pokerspiel um die große Koalition zunächst einmal abgeschlossen. Daß es hinter den Kulissen weitergehen wird, darf wohl mit Sicherheit vorausgesagt werden.

Aber bleiben wir bei dem Schwur und besonders bei dem guten Vorsatz, mit a l l e n kooperieren zu wollen. Hierzu muß zunächst festgestellt werden:

- * V o r der Bundestagswahl haben Kanzler Erhard und seine politischen Freunde dem Volk in gruseligen Bildern dargestellt, was alles geschehen würde, wenn am 19. September die Sozialdemokraten siegten. Man warnte vor der schleichenden und offenen Inflation, vor inner- und außenpolitischen Katastrophen und verkündete, die Bundesrepublik werde sich mit einer sozialdemokratischen Regierung in zunehmendem Maße sogar von ihren Freunden isolieren. Nur ein Wahlsieg Erhards könne das Unheil abwenden.

Die Regierung Erhard ist geblieben. Aber erstaunlicherweise reden zur Zeit alle Minister und Politiker der Regierungsparteien, die gern Minister werden möchten, wiederum von den drohenden Gefahren, die angeblich nur eingetroffen wären, wenn die Sozialdemokratie gesiegt hätte. Die Preise steigen, die Isolierung der Bundesrepublik von ihren Freunden greift weiter um sich - kurz, alles das ereignet sich, was sich vermeintlich nur ereignen sollte, falls Erhard nach dem 19. September n i c h t wieder Bundeskanzler geworden wäre.

Nun will man mit a l l e n kooperieren, um die großen und allgemeinen Probleme der deutschen Politik lösen zu können. Dazu

braucht man natürlich die Sozialdemokratie. Aber nicht etwa als Partner, sondern als Kooperateure, mit denen man unter Umständen Verfassungsänderungen durchziehen kann, ohne das Gesamtgefüge der derzeitigen Regierungspolitik ändern zu müssen.

In der Debatte über die Regierungserklärung haben die SPD-Sprecher erklärt, die Sozialdemokratie stehe nicht auf Abruf bereit und sei auch nicht eine Partei, die zum Befehlsempfang antrete. Dieser Standpunkt ist in den letzten Tagen wiederholt von führenden Sozialdemokraten vertreten worden. Das bedeutet jedoch nicht, daß sich die Sozialdemokratie etwa den Erfordernissen einer Politik verschließen wollte, die eine bessere Ordnung unseres gemeinsamen Hauses, der Bundesrepublik, zum Ziele hat.

Wenn man jedoch dieses Ziel verfolgt, dann müssen zwei Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

- * Die erste ist die Feststellung der Verantwortlichkeiten,
- * d.h. die Klärung und Offenlegung aller Fehler, die zu dem
- * jetzigen Dilemma in der deutschen Innen- und Außenpolitik
- * geführt haben.

Hierbei ist deutlich zu machen, wer seit mehr als einem Jahrzehnt für die wichtigsten innen- und außenpolitischen Entscheidungen oder Unterlassungen des Parlaments und der Regierung die Verantwortung trägt. Eine solche Klärung käme einer Bestandsaufnahme der Möglichkeiten der deutschen Politik in der gegenwärtigen Situation gleich. Diese Möglichkeiten auszuloten, ihnen eine bestimmte Richtung zu geben, könnte der Sinn einer Kooperation **a l l e r** sein.

- * Die zweite Voraussetzung bzw. der zweite Schritt wäre dann
- * die Feststellung, auf welche Weise die bisher gemachten Fehler ausgeräumt werden können. Hierzu hat die Deutsche Sozialdemokratie viele Monate vor der letzten Bundestagswahl
- * eindeutige Vorschläge unterbreitet. Diese sind in allen Bereichen der deutschen Politik durch die Beschlüsse des SPD-Parteitag von Karlsruhe im November 1964 festgelegt und
- * haben ihren Niederschlag und ihre Konkretisierung im Regierungsprogramm der SPD gefunden, mit dem die Sozialdemokratie
- * in den Wahlkampf gegangen ist.

Für dieses Programm haben fast 40 Prozent der deutschen Wähler ihre Stimme abgegeben. Mit 15 Mandaten mehr ist die SPD in den neuen Bundestag eingezogen; die jetzige Regierungskoalition verlor zwölf Mandate. Wer diese Tatbestände ignoriert, und wer nicht zur Kenntnis nimmt, daß die Sozialdemokratie das Vertrauen ihrer Wähler nicht mißbrauchen wird, übersieht die Realitäten der deutschen Politik.

Das Recht des Präsidenten

Zum Schweigen verpflichtet? - Ein warnendes Beispiel

Von H.G. Ritzel

"Behalten Sie Ihre Unbefangenheit, das zu sagen, was Sie für notwendig halten, auch wenn es nicht allen Leuten gefällt." So sprach der Bundestagspräsident beim Neujahrsempfang zum Bundespräsidenten. Der Bundeskanzler wünschte diese Unbefangenheit und Freiheit der Meinungsäußerung des Bundespräsidenten nicht. Am Dreikönigstag hat der frühere württembergische Ministerpräsident Maier, ebenso wie Bundesminister Dr. Mende in die gleiche Kerbe gehauen wie Erhard. Es sind politische Gründe, die die Demokraten auf den Plan gerufen haben, aber diese Argumente haben mit unserer Verfassung, dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949, nichts zu tun. Denn staatsrechtlich sieht die Situation doch etwas anders aus, als es sich der Bundeskanzler und seine Verbündeten von der FDP vorstellten.

Der Bundespräsident ist auf das Grundgesetz vereidigt. Das Grundgesetz gibt der Bundesrepublik für eine Übergangszeit eine neue Ordnung. In dieser Zeit soll das gesamte deutsche Volk in freier Selbstbestimmung handeln, seine nationale und staatliche Einheit schaffen und bewahren. Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Soll der erste Diener des Staates, der Bundespräsident, die jedem Deutschen in Artikel 5 GG verbriefte Meinungsfreiheit nicht haben? Gibt es eine Bestimmung, die den Bundespräsidenten verpflichtet, seine Meinung zu unterdrücken, wenn er das Bewußtsein hat, sie aussprechen zu müssen? Der Bundespräsident hat einen Eid geleistet. Dieser Eid verpflichtet ihn, seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und Schaden von ihm abzuwenden. Dieser Verpflichtung kann der Bundespräsident nicht nur mit Schweigen gerecht werden. Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Wenn aber sichtbar wird, daß die Ausübung dieses Rechts nicht ausreicht, um Schaden vom Volk abzuwenden, dann ist der Bundespräsident nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, seine Meinung zu äußern und seinen Einfluß geltend zu machen. Es gibt keine Bestimmung, die ihm dies untersagt. Man kann aus dem gleichen Artikel 65 GG, nach dem der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, sogar entnehmen, daß der Bundespräsident die Geschäftsordnung der Bundesregierung zu genehmigen hat.

Wenn diese Bestimmung keine leere Phrase, sondern materielles Gewicht haben soll, wird man dem Bundespräsidenten eine gewisse Einflußnahme nicht absprechen können; auch wenn sein Vorgänger Professor Heuss sich anders verhalten hat. Unter den Voraussetzungen des Artikels 67 GG kann er den Bundeskanzler entlassen. Der Bundeskanzler ist auf das Vertrauen des Bundestages angewiesen. Wird ihm das Vertrauen verweigert, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Kanzlers den Bundestag auflösen.

Daß sich der Bundespräsident eine politische Meinung rechtzeitig bilden muß, ergibt sich auch aus dem Notstandsartikel 81 des Grundgesetzes. Wenn der Bundespräsident, wie er es getan hat, an die Notwendigkeit der Sicherung einer verfassungsändernden Mehrheit des

Bundestages denkt, dann denkt er objektiver und weiter als der Bundeskanzler. Darin liegt der eigentliche Kern der augenblicklichen Auseinandersetzungen.

Der Bundespräsident sieht die Realität der politischen Situation, Erhard ergeht sich in Wunschträumen und nimmt die reale Lage nicht zur Kenntnis. Der Bundespräsident muß an die Möglichkeit des Versagens der derzeitigen Bundesregierung denken und er hat ein warnendes Beispiel vor Augen, denn derselbe Bundeskanzler und derselbe Finanzminister konnten sich nicht dazu durchringen, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht zur Anwendung des Artikels 113 GG nachzukommen. Das vorläufige Endergebnis ist ein Milliardendefizit im Rechnungsjahr 1965.

Soll aus parteipolitischen Gründen der höchsten Stelle in unserem Volke, die mit ihrer Unterschrift die Gesetze auszufertigen und zu verkünden hat, das Recht und die Pflicht der freien Meinungsäußerung unterbunden werden? Wir befinden uns in einer gefährlichen Phase der Entwicklung unseres Verfassungsrechts.

+ + +

Schock und Trauer

Zum Tode des indischen Ministerpräsidenten Schastry

ler - Mit Indien trauert die ganze Welt um den plötzlichen Tod des Ministerpräsidenten Schastry, dem gewiß beschieden war, noch großes für sein Volk zu leisten. Der kleine zierliche Mann erlebte noch, wenige Stunden vor seinem Hingang, die Genugtuung der Unterzeichnung des Abkommens von Taschkent, das Indien und Pakistan verpflichtet, keine Waffengewalt im Konflikt um Kashmir mehr anzuwenden. Beide Seiten wählten den unter tatkräftiger Mitwirkung der Sowjetunion zustandegekommenen Kompromiß, der zwar den Konflikt nicht aus der Welt schafft, aber doch Raum gibt für friedliche Lösungen und dem indischen Subkontinent die Tragödie eines Glaubenskrieges erspart. Schastry hatte ein bedrückendes Erbe anzutreten. Lange stand er unter dem Schatten der einmaligen Persönlichkeit seines Vorgängers Nehru, und es fiel ihm schwer, aus dem Schatten hervorzutreten. Der unglückliche Ausgang des chinesisch-indischen Krieges warf Indien um Jahre in seiner Entwicklung zurück, es sah sich, grausam enttäuscht von Illusionen, zu einer gründlichen Überprüfung seiner Außenpolitik gezwungen, ohne allerdings den Grundsatz der Blockfreiheit preiszugeben. Unter Schastry's Führung gewann Indien sein Selbstvertrauen zurück, und der kurze Waffengang mit Pakistan zeigte eine Entschlossenheit, die alle Welt überraschte, aber auch beide Länder an den Rand des Abgrunds eines mörderischen Krieges brachte. Unberechenbare Emotionen schienen im Aufbruch zu sein; es bedurfte schon der Einsicht und der Autorität eines Schastry, daß Indien sich dem Appell der Vereinten Nationen beugte und die Vermittlung der Sowjetunion akzeptierte. Sie brachten die Waffen zum Schweigen, öffneten den Weg zu neuen Verhandlungen. Schastry blieb es nicht vergönnt, sein Friedenswerk weiterzuführen und die indische Demokratie so zu festigen, daß sie allen äußeren und inneren Stürmen standhalten kann. Nicht nur äußere Gefahren bedrohen diesen Subkontinent. Eine schnell wachsende Bevölkerung vergrößert, da die Produktivität nicht Schritt halten kann, die Hungersnot. Vor dem Nachfolger Schastry's liegen Riesenaufgaben, wohl die schwerster, die ein Staatemann zu lösen hat.

+ + +

+ 3a -

Das alte Spiel in neuer Form

Zum Versuch einer neuen Emigrantendiskussion

Von Wolfgang Jansen

Es scheint, als würde der Versuch einer neuen Emigrantendebatte gestartet. Diesmal von hinten herum, um die Ecke sozusagen, mit breiter Biedermannsbrust mit einem Fernsehkommentator als scheinbarem Angriffsziel in der Fragestunde des Bundestages.

Früher machte man es ehrlicher, wenn auch nicht weniger unappetitlich. Da wurde gleich unter Spekulation auf nationalistische Ressentiments gegen diejenigen zu Felde gezogen, die vor Hitlers Schergen das Feld räumten und das Ausland darüber aufzuklären versuchten, daß die Deutschen kein Volk von Verbrechern seien, sondern in die Finger eines verbrecherischen Regimes geraten seien. Die Uniform, die sie dabei trugen, sei sie englisch, norwegisch oder sonstwie, spielte dabei immer eine dekorative Rolle.

Eingebracht hat diese Kampagne nicht viel. Aber sie hat erfreulicherweise den ehrlich entrüsteten Protest vieler anständiger Deutscher hervorgerufen.

Man hat sich kürzlich eine Fernsehsendung mit einer dokumentarischen Aufarbeitung dieses Themas befaßt. Was dabei an Meinungen zutage kam, war stellenweise so erschütternd, daß man menschliches Verständnis für die Bemerkung des Moderators haben kann, diejenigen, die während des Krieges oder danach eine ausländische Uniform trugen, hätten mehr ihre Pflicht erfüllt als diejenigen, die als deutsche Landser marschierten. Nur ist dieses andere Extrem in der Sache genauso wenig richtig wie das eine. Es erinnert ein bißchen an die Vorwürfe, die man einem bei dichtem Nebel nächtens gegen einen Baum gefahrenen Autofahrer tags darauf bei hellem Sonnenschein macht: "Aber haben Sie denn gar nicht gesehen, daß der Baum abseits von Wege stand?"

Nebel hat es in jener dunklen Zeit deutscher Geschichte, von der hier die Rede ist, genug gegeben. Er wurde mit allen Raffinessen moderner Propagandatechnik erzeugt. So wurde Idealismus und Patriotismus von Millionen Deutscher für einen verbrecherischen Zweck mißbraucht. Das ändert nichts an der Tatsache, daß diese Millionen, von lauterem Idealismus und Patriotismus erfüllt, nichts anderes taten als ihre Pflicht, ebenso wie diejenigen, die rechtzeitig die Wahrheit erkannten und ihre Stimme gerade zur Entlastung einer verführten Generation erhoben haben.

Eine solch nüchterne Betrachtung stünde insbesondere denen wohl an, die jetzt den Fehlschluß eines gutwilligen Fernsehkommentators zum Anlaß nehmen, um erneut in der Maske des Biedermannes das alte schäbige Spiel zu spielen.

Verdiente Ehrung

Walter Dirks - Pionier und Nonkonformist

Von Dr. Heinz Kornetzká

- * In der Presse der Unionsparteien wurde der 65. Geburts- *
* tag des hervorragenden katholischen Publizisten Walter *
* D i r k s kaum vermerkt. Wir holen dies gern nach. *

* * *

Er gehört zu den wenigen katholischen Publizisten in Deutschland, die sich mit geradezu verzweifelter Energie für jene weltoffene Katholizität eingesetzt haben, die - bislang als "linkskatholisch" heftig umstritten - mit dem Zweiten Vatikanum aufzubrechen beginnt: Walter Dirks. In diesen Tagen ist er 65 geworden, in den Tagen, da sich im Katholizismus jener Umbruch vollzieht, um den er seit Jahrzehnten mit der Feder kämpft. Dirks scheute sich nicht, auch die Kirche zu kritisieren, wenn ihr politisches Engagement zu sehr pragmatische Motive zu haben schien. Er wurde als Nörgler abgetan, als Querulant. Die Intrige gegen ihn wurde von katholischen Kreisen betrieben, die die charismatische Leidenschaft jenes Mannes bewußt übersahen, weil er ihnen politisch nicht ins Konzept paßte. Aber die Kirche hat diesen unbequemen Publizisten nicht beiseitegeschoben. Die katholisch-theologische Fakultät der Universität Münster hat Dirks aus Anlaß seines 65. Geburtstag die Doktorwürde verliehen.

Dirks, in Dortmund geboren, 1943 wegen "politischer Unzuverlässigkeit" mit Berufsverbot belegt, ist seit 1956 Leiter der Hauptabteilung Kultur im Westdeutschen Rundfunk. Als spiritus rector der "Frankfurter Hefte", die er 1946 mitbegründete, hat er einer Zeitschrift Profil gegeben, deren Nonkonformismus nur eine kleine Gruppe zu bejahren scheint. Die Auflage von anfangs 75 000 ist geschrumpft. Die Zeitschrift habe die Entwicklungsrichtung, die mit der restaurativen Praxis des Adenauer-Erhard'schen Regimes eingeschlagen worden sei, zu spüren bekommen, schreiben die Frankfurter Hefte zu ihrem zwanzigjährigen Erscheinen über sich selbst. "Trotzdem bestehen wir", heißt es da. Eine tröstliche Feststellung, kann man hinzufügen.

Der Katholik Dirks wehrt sich in seinen großen Aufsätzen gegen die Verklammerung von Kirche und einer einzigen Partei, nämlich der CDU. Diese "Front" habe ein katholischer Staatsmann begründet, und für viele Katholiken sei damit das Problem in einer politischen Manifestation des Glaubens, die keine Alternative mehr offenlasse, gelöst gewesen ("Wenn führende deutsche Katholiken 'wir' sagen, weiß man oft nicht, ob sie die kirchliche Gemeinschaft oder die Partei meinen, und meistens meinen sie beides in einem"). Dieses ominöse "wir", das eine politische Partei und die Kirche Christi zu einem Kollektivsubjekt

zusammenfasse, sei gefährlich für die deutsche Politik und noch gefährlicher für den Glauben, stellte Dirks fest und macht auf das Unbehagen vieler Katholiken darüber aufmerksam, daß gewisse Kreise Kirche und CDU identifizieren.

Dirks, den lediglich Parteitaktiker zum Außenseiter abstem-
peln, vertritt mit diesen Thesen durchaus die Meinung auch nam-
hafter Theologen. Zu ihnen gehört beispielsweise der Wiener Kar-
dinal König, der sich voriges Jahr in der Steiermark dagegen
ausgesprochen hatte, daß sich die Kirche in ein Freund-Feind-
Verhältnis einspannen lasse. Die Kirche dürfe nicht gegnerische
Partei sein, sie würde sonst schwersten Schaden erleiden, sagte
König. Dirks meint dasselbe, wenn er von der Kirche dreierlei er-
wartet:

- * 1. eine Distanz, die sich auf die Unvergleichbarkeit
* der Kirche und der Partei gründet,

- * 2. den Verzicht auf den Versuch, auf begründete Abwei-
* chungen von jenem "natürlichen" CDU-Katholizismus
* einen Gewissensdruck auszuüben,

- * 3. eine Bereitschaft, für Entwicklungen, für Wandlun-
* gen im System der Parteien offen zu sein, gesprächs-
* bereit vor allem auch gegenüber der Sozialdemokra-
* tie sein.

In seinem 1964 erschienenen Band gesammelter Vorträge und
Aufsätze ("Die Politik und die Verantwortung der Christen") hat
Dirks die katholische Kirche aufgefordert, das Godesberger Pro-
gramm der SPD ernst zu nehmen. Mißtrauen gegenüber der Sozial-
demokratie neuen Stils könne sich allenfalls die CDU als poli-
tischer Feind leisten, nicht aber die Kirche, seitdem Freiden-
kertum, religionsfeindlicher Marxismus und eigentumsfeindlicher
Sozialismus nicht mehr als Begründungen einer katholischen Ab-
lehnung der Sozialdemokratie herangezogen werden könnten.

Sie und dazu viele Katholiken, die um die Reinheit der
kirchlichen Position besorgt seien, erwarteten von der Kirche,
daß sie das Bündnis zwischen CDU und deutschem Katholizismus
lockere, politische Gewissensfreiheit gebe, der SPD gegenüber
eine "faire Neutralität" erkläre und ihr "Wächteramt" nicht
einseitig, sondern allseitig in Anspruch nehme.

Heute beginnt sich abzuzeichnen, daß die Gedanken des Wal-
ter Dirks Wirklichkeit werden. Sein unstrittener Avantgardismus
wird Praxis der Gegenwart.